

Das Kirchenasyl zwischen Repression, Einhegung und Subversion

Erschienen in der Zeitschrift AMOS, 1-2025, Seite 8. (<https://amos-ev.de/>)

Die Maßnahmen für mehr Abschiebungen sind immer effektiver und die Diskursverschärfung zeigt konkrete Ergebnisse: Im Jahr 2024 wurden aus Deutschland 18.400 Geflüchtete abgeschoben, das sind rund 2000 mehr als 2023. Diese staatlich organisierte „Remigration“ ist also bereits brutale Realität und wurde schon von der Ampelregierung durchgesetzt – ganz ohne AfD. Ein gesellschaftlicher Aufschrei gegen diese Verhältnisse bleibt größtenteils aus, entspricht diese Nacht für Nacht vollzogene Deportationspraxis doch einer verbreiteten Überzeugung, dass Abschiebungen nun einmal nötig seien.

Angesichts der steigenden Abschiebungszahlen, die – in NRW durch eine Aufstockung von Personal im Außendienst von Ausländerbehörden und den von der Grünen-Ministerin geplanten Bau eines neuen Abschiebeknastes in Mönchengladbach – noch weiter erhöht werden sollen, stellt sich die Frage, ob dem Rad in die Speichen gegriffen werden kann?

Gastfreundschaft wider die Entmenschlichung

Das Kirchenasyl ist ein möglicher Ansatzpunkt, um Abschiebungen effektiv verhindern zu können. Zwar sind 2024 bundesweit nur rund 5,4 % aller Abschiebungen durch ein Kirchenasyl gescheitert, aber dennoch ist das ein Rekord: 2966 Menschen konnten in einer Kirche vor dem Zugriff der Abschiebungsbehörden geschützt werden.

Die gastgebenden Gemeinden und Ordensgemeinschaften haben es ernst genommen mit der Gastfreundschaft – sie haben Solidarität über die blinde Befolgung des entmenschlichenden Gesetzes gestellt und sich der Logik einer allumfassenden Verwaltung jedes und jeder Einzelnen entzogen. Dieser subversive Akt ist es, der diese Grauzonen-Praxis des Asyls in der Kirche so wichtig und zugleich so theologisch brisant macht: Das Kirchenasyl kann ein Ernstfall messianischer Praxis sein, wenn nicht mehr die todbringende Gewalt (seit 1993 sind über 440 Menschen bei Abschiebungen gestorben), sondern der Versuch des Lebens in einer schützenden Gemeinschaft ins Zentrum gerückt wird. Hier zeigt sich, ob eine Gemeinde (noch) in der Lage ist, *in* aber nicht *von* dieser Welt zu sein (Joh 17,14-18), sich nicht mit der Entmenschlichung abzufinden.

Steigender Druck

Es wäre überraschend, wenn die migrationspolitischen Verschärfungen nicht auch das Kirchenasyl unter Druck setzen würden. Staatlicherseits wurde 2015 der Versuch unternommen, das Kirchenasyl zu domestizieren, indem man den Kirchen 2015 eine Vereinbarung zur Formalisierung des Kirchenasyls aufgenötigt hat. Das BAMF, die Innenministerkonferenz und Ausländerbehörden vor Ort haben seitdem immer wieder versucht, die Spielräume der Gemeinden einzuschränken. Besonders drastisch zeigt sich das an der Zunahme von Räumungsversuchen und Räumungen. Seit Juli 2023 gab es bundesweit mindestens elf gewaltsame Brüche des Kirchenasyls und zusätzlich eine Reihe von Räumungs-Androhungen, die dann aber abgewendet werden konnten. Zuletzt hatte im Dezember 2024 der Bremer Innensenator Versuche unternommen, aus einem Kirchenasyl heraus abzuschieben. Dies scheiterte durch die beeindruckende Präsenz hunderter Menschen aus der betroffenen Kirchengemeinde in der Bremer Neustadt und das Engagement einer

wachen Stadtöffentlichkeit. Hunderte kamen Nacht für Nacht und machten so eine stillschweigende Festnahme des Geflüchteten unmöglich. Schließlich ließ sich der Innensenator auf einen Weihnachtsfrieden ein, was ihn aber nicht davon abhielt, weiter Stimmung gegen das Kirchenasyl zu machen und Obergrenzen bei der Anzahl der Kirchenasyle in Bremen zu fordern.

Und die Kirchen?

Die evangelische Bremisch Kirchenleitung hat sich zwar öffentlich hinter das Kirchenasyl gestellt, intern jedoch Druck ausgeübt zur Befriedung des Konflikts, statt diesen weiter auszutragen. Erfreulich bleibt jedoch, dass die betroffene Gemeinde weiter daran festhält, selber die Entscheidungsgewalt über das Kirchenasyl und dessen Bestehen oder Beendigung zu behalten, statt sich hier staatlicher und letztlich auch kirchlichen Versuchen der Einhegung ihrer Kirchenasylpraxis zu unterwerfen.

Wie die weitere Verschärfungstendenz in der Migrationspolitik auch zukünftig das Kirchenasyl betrifft, ist noch nicht abzusehen. Gerade deshalb erscheint es wichtig, dass auch kirchenintern für das Kirchenasyl deutlicher Position bezogen wird. Im Bistum Münster gibt es hierzu zwei erfreuliche Entwicklungen: Zum einen haben sich einige SeelsorgerInnen zusammengeschlossen und hatten sich in einer Erklärung¹ an die Bistumsleitung gewandt mit der Aufforderung, diese möge sich für diese theologisch fundierte Praxis einsetzen und Gemeinden ermuntern, von Abschiebung bedrohte Geflüchtete schützend aufzunehmen. Zum anderen hat die Vollversammlung des Diözesankomitees einen Beschluss gefasst, in dem sie sich mit den Kirchenasyl gewährenden Gemeinden solidarisch erklärt hat und die unwillige Bistumsleitung aufgefordert, Gemeinden zu unterstützen, Kirchenasyl zu gewähren. Hoffen wir, dass gerade in der aktuell angespannten Situation, das Kirchenasyl als eine Praxis „von unten“ nicht an Fahrt verliert und subversive Räume wirklicher Solidarität entstehen.

Zuflucht geben – gemeinsam hoffen

Die Wanderausstellung „Zuflucht geben – gemeinsam hoffen“ zeigt die Perspektive von Geflüchteten, die im Kirchenasyl sind und waren.

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen also Menschen auf der Flucht, die ihre Erfahrungen der Entrechtung erzählen und darin als Subjekte ihres Handelns vorgestellt werden. Die Ausstellung kann ausgeliehen werden, um sie in Kirchengemeinden oder Bildungseinrichtungen zu zeigen.

Infos: <https://www.kirchenasyl-nrw.de/wanderausstellung>

1 <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/kirchenasyl-bistum-muenster-zunahme-seelsorger-priester-orden-gemeinden-forderung>